

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen Englands Finanzlage nach zwei Kriegsjahren.

Aus Anlaß der zweiten Jahreswende des Krieges haben sich die englischen Blätter unter anderem auch mit der Gestaltung der englischen Finanzen nach zwei Kriegsjahren und mit den finanziellen Aussichten befaßt. Es ist wohl selbstverständlich, daß in den meisten Fällen dem englischen System der Finanzierung der Kriegskosten gegenüber dem von den Mittelmächten beobachteten Vorgang der Vorzug gegeben wird, aber es fehlt auch nicht an Stimmen, die eine mehr oder weniger scharfe Kritik an der Finanzpolitik MacKennas üben. Das Resultat der meisten Untersuchungen ist die Feststellung der großen finanziellen Leistungsfähigkeit Englands.

Der Economist berechnet in einem Zeitaufsatz die Gesamtausgaben des Schatzamtes einschließlich der mit 5 Millionen täglich angenommenen Kosten der laufenden Woche auf 2.681,883.000 Pfund oder nach Abzug der zweijährigen normalen Friedensausgaben die Kriegsausgaben auf ungefähr 2.282.000.000 Pfund, worin allerdings Summen für den Ankauf amerikanischer Werte und Darlehen an Verbandsgenossen und Dominien enthalten sind.

In dem gleichen Zeitraum sind 608 Millionen Pfund durch Besteuerung aufgebracht, wovon 400 Millionen, überschläglich gerechnet, Friedenseinkünfte des Staates darstellen. Die Summe von 208 Millionen oder selbst die von 300 Millionen Pfund, die der Steuerzahler im laufenden Jahr aufbringen soll, erscheint der Ausgabe gegenüber klein, ist aber sehr viel größer als die von anderen kriegführenden Mächte durch Besteuerung aufgebrachte, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß Frankreichs reichste Bezirke der Besetzung unterliegen und Rußland und Deutschland ihren Ausfuhrhandel größtenteils verloren haben.

Finanziell haben wir eine für Freund und Feind überraschende Stärke gezeigt, aber in der Frage der Besteuerung ist die Regierung mit einer Schüchternheit vorgegangen, die der Opferwilligkeit des Volkes nicht gerecht geworden ist. Lloyd George hat gut angefangen, aber nachher nachgelassen und MacKenna ist zu langsam vorangeschritten. Die Erhöhung der Einkommensteuer auf 25 Prozent ist zu spät gekommen und zu sehr verflausuliert und beschränkt, die Erhöhung der Postgebühren ist leider aufgegeben, ebenso die Reisesteuer, so daß unnötige Bergnügungsreisen unbesteuert Kohlen und Arbeit beanspruchen. Zu loben ist die Kriegsgewinnsteuer, die Erweiterung der indirekten Steuern und der Anfang von Einfuhrzöllen auf Luxusartikel im Interesse der Sparsamkeit mit Schiffraum.

Die Aufbringung der nicht durch Einnahme gedeckten Kosten hat viel berechnete Kritik hervorgerufen. Bei der ersten Anleihe hat man die Verschiebung des Geldwertes durch den Krieg nicht berücksichtigt, bei der zweiten durch die Konversionsbedingungen für Inhaber von Konsols, die zum Teil nicht Mittel genug hatten, um die Zusatzzeichnung in der neuen Anleihe (100 Pfund auf 75 Pfund Konsols) zu decken, für die Neuausgabe einen schlechten Markt geschaffen. Die in Amerika abgeschlossene Anleihe ist selbst von uns günstig gesinnten Amerikanern als unzweckmäßig und extravagant bezeichnet worden.

Sonst hat sich die Regierung mit kurzfristiger Geldbeschaffung durch Schatzwechsel, Schatzanweisungen, zweijährige Kriegsausgabenzertifikate und fünfjährige Kriegssparischeine begnügt und damit die Goldleute nicht erreicht, die eine dauernde oder langfristige Anlage vorziehen und deshalb lieber Eisenbahn- oder Kolonialwerte kaufen. Viel gutes Geld entgeht so der Regierung, doch findet es zum Teil seinen Weg in die kurzfristigen Werte wegen des dem Inhaber der 4½prozentigen (zweiten) Anleihe gewährten Konversionsrechtes im Falle einer neuen Anleihe.

Erstaunlich ist die Höhe der ausstehenden Schatzwechsel mit 842 Millionen Pfund, und wahrscheinlich nur erklärlich dadurch, daß solche Kapitalisten, die früher nie daran gedacht hätten, Geschmack daran gefunden haben, so daß nicht der offene Geldmarkt diese Riesensumme trägt.

Der Börsenmitarbeiter des Daily Telegraph führt aus: Die Schuldenlast ist im Kriege um 2,1 Milliarden Pfund und bei Einrechnung der Kassenscheine, soweit sie nicht durch Gold gedeckt sind, um 2,2 Milliarden Pfund gewachsen. Die Gesamt Schuld seit dem 1. April bis Ende Juli ist um 609 Millionen Pfund Sterling auf 2846 Millionen Pfund gewachsen. Sie wird bis Ende März, wenn des Schatzkanzlers Schätzungen nicht hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, auf 3440 Millionen Pfund angewachsen sein, da er auf eine Ausgabe in diesem Rechnungsjahr von 1825 Millionen Pfund rechnete, wovon 500 Millionen Pfund durch Staatseinnahmen gedeckt werden sollten. Beim jetzigen Stand der Schuld würden etwa 121,213.000 Pfund, also etwas mehr als 4½ Prozent durchschnittlich zur Verzinsung nötig sein. Mit 1 Prozent für Tilgung kämen jährlich 149 Millionen Pfund heraus.

Im letzten Staatshaushalt vor dem Kriege belief sich die Ausgabe auf etwas über 200 Millionen Pfund, wobei für den Schuldendienst 23.500.000 Pfund vorgesehen waren. Dabei beliefen sich die tatsächlichen Staatseinnahmen im Rechnungsjahre 1914/15 auf 227 Millionen und 1915/16 auf 337 Millionen, während im laufenden Jahre auf 500 Millionen Pfund gerechnet wird. Der Ueberschuß von 300 Millionen über die normalen Ausgaben von 200 Millionen deckt also Zinsen und Tilgungsanteil der gegenwärtigen Schuld mehr als doppelt. Selbst wenn die Staatsschuld auf 4 Milliarden anwächst, so erfordern 5 Prozent